



Prof. Dr. Heribert Prantl

Soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Solidarität – der Beitrag der freien Wohlfahrtspflege zu einer verlässlichen Sozialpolitik

Vortrag zur 60-Jahr-Feier der Liga der Freien Wohlfahrtspflege
in Baden-Württemberg e.V. am 21. September im Weißen Saal
des Neuen Schlosses zu Stuttgart

Zu Jubiläen war es früher üblich, ein Gedicht vorzutragen. So war es gewiss noch vor sechzig Jahren, als die Liga der Freien Wohlfahrtspflege gegründet wurde. Dieses Ereignis feiern wir heute – und ich will die alte Tradition aus diesem Anlaß gern wieder aufleben lassen. Aber mit welchem Gedicht? Es soll etwas mit den Aufgaben der Wohlfahrtspflege zu tun haben. Es soll vom Menschlichen und vom Schicksal handeln – von den Menschen, die eine helfende Hand brauchen um ins Leben zurück oder sich im Leben zurecht zu finden.

Mein Jubiläumsgedicht stammt aus dem Berlin der zwanziger Jahre. Es ist ein Gedicht, das der gutmütig-jähzornige Transportarbeiter Franz Biberkopf im Gefängnis von Berlin-Tegel gehört und auswendig gelernt hat. Es steht in Alfred Döblins „Berlin Alexanderplatz“ und geht so:

„Willst du, o Mensch, auf dieser Erden ein männliches Subjekte werden, dann überleg es dir genau eh du dich von der weisen Frau

ans Tageslicht befördern läßt! Die Erde ist ein Jammernest! Glaub es dem Dichter dieser Strophen, der oft an dieser dofen, an dieser harten Speise kaut! Zitat aus Goethes Faust geklaut: Der Mensch ist seines Lebens froh, gewöhnlich nur als Embryo!“

Das sind Gedanken, nicht ganz so gut gereimt vielleicht, die wohl auch Menschen im Kopf haben, die bei Ihnen, den Wohlfahrtsverbänden, aus und eingehen.

Es sind Seufzer von Menschen, die vom Schicksal nicht geküßt und gehätschelt werden. Die entlassene KassiererIn von Schlecker und der langzeitarbeitslose Hartz-IV-Empfänger seufzt nicht viel anders wie Franz Biberkopf im Jahr 1926. Das Gedicht geht wie folgt weiter:

„Da ist der gute Vater Staat, er gängelt dich von früh bis spät. Er zwickt und beutelt dich nach Noten mit Paragraphen und Verboten! Sein erst Gebot heißt: Mensch berappe! Das zweite: halte deine Klappe! So lebst du in der Dämmerung, im Zustand der Belämmernung. Und suchst da ab und zu den steifen

Verdruß im Wirtshaus zu ersäufen, in Bier beziehentlich in Wein, dann stellt sich prompt der Kater ein.

Inzwischen melden sich die Jahre, der Mottenfraß zermürbt die Haare, es kracht bedenklich im Gebälke, die Glieder werden schlapp und welke; die Grütze säuert im Gehirn, und immer dünner wird der Zwirn. Kurzum, du merkst, es wird jetzt Herbst, du legst den Löffel hin und sterbst. Nun frag ich dich, mein Freund mit Beben, was ist der Mensch, was ist das Leben? Schon unser großer Schiller spricht: ‚Der Güter höchstes ist es nicht‘. Ich aber sag: es gleicht ner Hühnerleiter, von oben bis unten und so weiter“.

Dies Gedicht ist nun vielleicht wenig festtätlich, aber doch nicht ganz unpassend. Es formuliert die Lebensweisheit derer, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens zu Hause sind. Dort sind Sie, die Wohlfahrtsverbände, der Mond und die Sterne.

Liebe Festversammlung,

Es ist einfach so. **Das Leben beginnt ungerecht und es endet ungerecht, und dazwischen ist s nicht viel besser.** Der eine wird mit dem silbernen Löffel im Mund geboren, der andere in der Gosse. Der eine zieht bei der Lotterie der Natur das große Los, der andere die Niete. Der eine erbt Talent und Durchsetzungskraft, der andere Aids und Antriebschwäche. Die Natur ist ein Gerechtigkeitsrisiko.

Der eine hat eine Mutter, die ihn liebt, der andere einen Vater, der ihn hasst. Der eine kriegt einen

klugen Kopf, der andere ein schwaches Herz. Bei der einen folgt einer behüteten Kindheit eine erfolgreiche Karriere. Den anderen führt sein Weg aus dem Ghetto direkt ins Gefängnis. Die eine wächst auf mit Büchern, der andere mit Drogen. Der eine kommt in eine Schule, die ihn stark, der andere in eine, die ihn kaputt macht. Der eine ist gescheit, aber es fördert ihn keiner; der andere ist doof, aber man trichtert ihm das Wissen ein. Der eine müht sich und kommt keinen Schritt voran, der andere müht sich nicht und ist ihm hundert voraus. Der eine hat Arbeit, die ihn zufrieden macht, der andere schreibt vergeblich hundert Bewerbungen und zerbricht daran. Der eine ist sein Leben lang gesund, die andere wird mit einer schweren Behinderung geboren.

Die besseren Knochen, die besseren Gene hat sich niemand erarbeitet, die bessere Familie auch nicht. Das Schicksal hat sie ihm zugeteilt. Das Schicksal teilt ungerecht aus und es gleicht die Ungerechtigkeiten nicht immer aus. Hier hat der Sozialstaat, hier hat eine fürsorgliche Gesellschaft ihre Aufgaben. Sie sorgen dafür, dass der Mensch reale, nicht nur formale Chancen hat. **Der Sozialstaat ist, mit Maß und Ziel, Schicksalskorrektor.** Der kluge Sozialstaat erschöpft sich also nicht in der Fürsorge für Benachteiligte, sondern zielt auf den Abbau der strukturellen Ursachen. Madame de Meuron, die 1980 gestorbene „letzte Patrizierin“ von Bern, sagte einem Bauern, der sich in der Kirche auf ihren Stuhl verirrt hatte. „Im Himmel sind wir dann alle gleich, aber hier unten muss Ordnung herrschen“. Ist das die Ordnung, die wir uns vorstellen? Die Ordnung, die sich der Sozialstaat, die Ordnung, die sich eine demokratische Gesellschaft vorstellen, ist das nicht.

Sozialpolitik ist die Basispolitik der Demokratie. Die Bürger einer Demokratie brauchen Ausbildung und Auskommen, sei brauchen eine leidlich gesicherte ökonomische Existenz, sie müssen frei sein

von Angst um die eigenen Lebensverhältnisse. **Eine kluge Sozialpolitik sorgt dafür, dass der Mensch Bürger sein kann. Sie gibt ihm Grundsicherung und Grundsicherheit. Seine Freiheitsrechte, seine politischen Rechte brauchen ein Fundament, auf dem sie sich entfalten können. Sozialpolitik und Demokratie gehören daher engstens zusammen, sie bilden eine Einheit.** Demokratie arbeitet gegen Ausgrenzung. Demokratie ist Inklusion und Integration. Die Wohlfahrtsverbände arbeiten für Inklusion und Integration. Deshalb bauen sie mit an den Fundamenten der Demokratie, **Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Fundamentalarbeiter der Demokratie!**

Es gibt ja Leute, die meinen, Demokratie sei nicht sehr viel mehr als eine Kiste: 90 Zentimeter hoch und 35 Zentimeter breit. Oben hat die Demokratie einen Deckel mit Schlitz. In der Tat: Alle paar Jahre, in Deutschland immer an einem Sonntag, kommen viele Leute zu diesen Kisten. Die Kiste heißt „Urne“, also genauso wie das Gefäß auf dem Friedhof, in dem die Asche von Verstorbenen aufbewahrt wird. Wahlurne – das ist ja eigentlich wirklich ein merkwürdiger Name, denn die Demokratie wird ja an diesen Wahltagen nicht verbrannt und beerdigt; im Gegenteil: Sie wird geboren, immer wieder neu, alle paar Jahre. Wahltag sind die Geburtstage der Demokratie; und der Wahlkampf vorher ist sozusagen die Zeit der Glückwünsche. Demokratie ist aber noch sehr viel mehr als eine Wahl.

Eine richtige Demokratie findet nicht nur alle paar Jahre, am Wahltag, statt, sondern an jedem Tag. Demokratie ist das erfolgreichste, beste und friedlichste Betriebssystem, das es für ein Land gibt. Es ist ein Betriebssystem, bei dem alle, die in einem Land wohnen, etwas zu sagen haben: Jeder hat eine Stimme, keiner ist mehr wert als der andere, alle sollen mitbestimmen, was zu geschehen hat. Junge und Alte, Behinderte und Nichtbehinderte, Neubürger und Altbürger. Demokratie ist eine Ge-

meinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet – nach den Regeln, über die man miteinander bestimmt hat. Zukunft! Miteinander! Gestalten! Das ist Demokratie. **Die Wohlfahrtsverbände sind ganz wichtige Mitgestalter.**

Sie von der Liga der Wohlfahrtsverbände wissen es in ganz besonderer Weise: Es genügt nicht, dass der Staat Kindergärten, Schulen und Hochschulen bereitstellt mit formal gleichen Zugangschancen für Vermögende und Nichtvermögende; der Sozialstaat sorgt auch für die materiellen Voraussetzungen, die den Nichtvermögenden in die Lage versetzen, diese formale Chance tatsächlich zu nutzen. Der Sozialstaat ist also, ich sagte es, mit Maß und Ziel, Schicksalskorrektor. Und **Sie, die Wohlfahrtsverbände, sind Schicksalskorrektorate, jeder Wohlfahrtsverband ist ein Schicksalskorrektorat.**

Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet – miteinander! Es verträgt sich nicht mit einer solchen Gemeinschaftsaufgabe, wenn ein Teil der Menschen aus dieser Gemeinschaft ausgeschlossen ist. Exklusion ist demokratiefeindlich, Exklusion ist verfassungswidrig. Langzeitarbeitslosigkeit ist demokratiefeindlich und menschenunwürdig, also verfassungswidrig. Ein Land mit hohen Langzeitarbeitslosen-Quoten ist ein keiner guten Verfassung. Jeder Mensch soll arbeiten können und arbeiten dürfen nach seinen Fähigkeiten und seinen Möglichkeiten. Das gehört zum Wesen des Menschen. Arbeit strukturiert den Alltag, sie gestaltet das Leben, sie ist Teilhabe an der Welt. Arbeitslosigkeit führt zum Einschrumpfen der Lebensäußerungen, **Arbeitslosigkeit macht die Menschen klein. Demokratie ist eine Staatsform für selbstbewusste, nicht für kleingemachte Menschen.** Programme gegen Langzeitarbeitslosigkeit, wie es die baden-württembergische Landesregierung aufgelegt hat – sie umfassen auch Maßnahmen für Jugendliche und alleinerziehende Frauen

- sind deshalb auch Programme für mehr Demokratie.

Deutschland ist fürwahr kein armes Land, aber es gibt immer mehr Armut in Deutschland. Die Armut in Deutschland ist eine andere Armut als die im 19. Jahrhundert; es gibt keine arme Klasse mehr, die sich kämpferisch zusammenschließen könnte. Den Armen von heute fehlt er Stolz, das Selbstbewusstsein und das Zusammengehörigkeitsgefühl, das einst die Arbeiter hatten, als sie sich in den Gewerkschaften zusammenschlossen.

Armut hat heute viele Gesichter: Da ist der arbeitslose Akademiker, da ist der Gelegenheitsarbeiter, da ist der wegrationalisierte Facharbeiter; da sind die schon immer zu kurz gekommenen am Rand der Gesellschaft, da ist die alleinerziehende Mutter, die den Sprung ins Berufsleben nicht mehr schafft. Da ist der überflüssig gewordene Bankangestellte, der sein Haus verloren hat und nun vom Arbeitslosengeld II lebt, da sind die Einwanderkinder, die nicht aus ihrem Ghetto herauskommen, da sind dreihunderttausend Obdachlose. Die Armut in Deutschland ist eine andere Armut als die in Kalkutta. Die Armen in Deutschland sind relativ Arme – sie sind relativ arm dran. All diese relativ Armen haben wenig gemeinsam, das macht die Armutsbekämpfung schwierig. **In einem der reichsten Länder der Welt wächst die Diskrepanz zwischen Arm und Reich.** Die Bürger einer Demokratie brauchen Ausbildung und Auskommen, sie brauchen eine leidlich gesicherte ökonomische Existenz, sie müssen frei sein von Angst um die eigenen Lebensverhältnisse. Soziale Rechte sind deshalb Rechte auf Teilhabe, sie sollen den Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft wahren und sie vor Zerfall und Verwahrlosung bewahren.

Wie gesagt: Die Bürgerinnen und Bürger einer Demokratie brauchen, um Bürgerin und Bürger sein zu können, Ausbildung und Auskommen, sie brauchen eine leidlich gesicherte Existenz, sie müssen

frei sein können von Angst. Das gilt für die Alt- und für die Neubürger, das gilt für Deutsche und Zuwanderer. Ein Patriot ist der, der dafür sorgt, dass Deutschland Heimat bleibt für alle Altbürger und Heimat wird für alle Neubürger. Das nennt man Integration und das ist das Gegenteil von Ausgrenzung. Diese Integration gibt es nicht umsonst; sie kostet. Aber **das Integrationsgebot ist wichtiger als ein Spardiktat.** Integration ist wertvoll. **Wer also auf Kosten von Integration und auf Kosten vorsorgender Sozialpolitik spart, betreibt nicht Zukunftssicherung, sondern Zukunftszerstörung.**

Um miteinander Visionen zu entwerfen, wie eine Arbeitsgesellschaft der Zukunft aussehen könnte, braucht man ein vitales Gemeinwesen, braucht man eine Gesellschaft, aus der nicht ein Drittel ausgeschlossen wird. Nur eine vitale Gemeinschaft hat die Kraft, das alte betriebswirtschaftliche Weltbild zu durchstoßen und eine kopernikanische Wende der Arbeitswelt einzuleiten, in der nicht mehr allein Kapital und Markt definieren, was als Arbeit zu verstehen ist. Es gibt unendlich viel Arbeit, die Gemeinschaft stiftet, die für inneren Frieden sorgt; es gibt Arbeit, die unter den Mantel kriecht, den die Politik über die neuen Armen dieser Gesellschaft aus; es gibt die Arbeit, die auf die Natur Obacht gibt. Das alles ist **Gemeinwesenarbeit, die chronisch unterbezahlt ist** oder von der man erwartet, dass sie ehrenamtlich, also umsonst, erledigt wird. Der alte, enge Begriff von Arbeit muss also gesprengt, der Arbeitsbegriff muss vervielfältigt werden – die Arbeit für die Gemeinschaft muss den Rang bekommen, der ihr gebührt. Hier ist das neue Feld der neuen Arbeitsgesellschaft. Und dann kann ein neuer Friedrich Engels dessen Traktat vom Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen fortschreiben und den „Anteil der neuen Arbeit an der Menschwerdung des Menschen“ beschreiben.

„Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ – so steht es in der Präambel der schweizerischen Verfassung von 1999. Das ist ein mutiger Satz, weil die Stärke eines Volkes, die Stärke eines Staates gern an ganz anderen Faktoren bemessen wird. Die einen messen sie am Bruttosozialprodukt und am Exportüberschuss, die anderen reden dann vom starken Staat, wenn sie mehr Polizei, mehr Strafrecht und mehr Gefängnis fordern. Kaum jemand fordert den starken Staat, wenn es darum geht, soziale Ungleichheit zu beheben und etwas gegen die Langzeitarbeitslosigkeit zu tun. Kaum jemand sagt „starker Staat“, wenn er die Verknüpfung von Sozial- und Bildungspolitik meint. Kaum jemand redet von der „Stärke eines Volkes“, wenn es darum geht, menschenwürdige Mindestlöhne durchzusetzen oder eine angemessene Förderung von Behinderten. Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen – das ist ein starker Satz, auch wenn es wohl so ist, dass schon die Bezeichnung „Schwache“ infiziert von den Ausschließlichkeits-kriterien der Leitungsgesellschaft. Ich bin der Meinung: Der starke Staat ist ein Staat, der für Chancengleichheit kämpft, der sich um das Wohl der Schwachen kümmert – und dabei allmählich lernt, dass die Schwachen gar nicht so schwach sind, wie man oft meint und dann ihre Stärken, die Perfektion des Imperfekten, zu schätzen lernt. **Der Sozialstaat muss wieder der große Ermöglicher werden. Wohlfahrtsverbände sind ein starker Arm des ermöglichenden Sozialstaats.**

Kritiker verwechseln soziale Gerechtigkeit oft mit absurder Gleichmacherei. Das Übel, dass manche Leute ein schlechtes Leben führen, besteht aber nicht darin, dass andere Leute ein besseres Leben führen; das Übel liegt vor allem darin, dass schlechte Leben schlecht sind. Und das Gute ist, dass – auch mittels derer, die ein besseres Leben führen – denjenigen geholfen werden kann, deren

Leben schlecht ist, aber besser werden muss. Gegen Ausgrenzung, gegen Verdrängung, gegen Verelendung zu arbeiten – nicht mit Pampfern, sondern mit sozialer und wirtschaftlicher Phantasie: das ist Aufgabe eines klugen Sozialstaats.

Ein Sozialstaat ist ein Staat, der gesellschaftliche Risiken, für die der einzelne nicht verantwortlich ist, nicht bei diesem ablädt. Er verteilt, weil es nicht immer Manna regnet, auch Belastungen. Aber dabei gilt, dass der, der schon belastet ist, nicht auch noch das Gros der Belastungen tragen kann. **Der Sozialstaat ist Heimat. Beschimpfen kann ihn nur der, der keine Heimat braucht.** Und den Abriss wird nur der verlangen, der in seiner eigenen Villa wohnt. Ob er sich dort noch sehr lange wohl fühlen würde, ist aber fraglich. Ein Sozialstaat gibt nicht dem, der schon hat; und er nimmt nicht dem, der ohnehin wenig hat. Er schafft es, dass die Menschen trotz Unterschieden in Schicksal, Rang, Talenten und Geldbeutel sich auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Der Sozialstaat ist, ich sagte es, der große Ermöglicher. Im Lichte der Euro-, der Wirtschafts- und Finanzkrise muss man feststellen: Der Staat hat auch viel Falsches ermöglicht. Mit der gewaltigen Finanzkrise geht eine ebenso große Vertrauenskrise einher, sie betrifft die Glaubwürdigkeit des wirtschaftlichen Systems und die Handlungsfähigkeit des demokratischen Staats. Ohne dieses Vertrauen bleiben Milliarden-Euro-Schutzschirme instabil; sie flattern, reißen alles mit oder gehen kaputt. Wie sehr das Vertrauen geschädigt ist, kann man in jeder Diskussion zu fast jedem Thema hören: Ob es um die verschimmelten Wände im Klo des Kindergartens geht oder darum, dass Lehrer fehlen und Unterrichtsstunden ausfallen – immer und überall gab es wilden Beifall, wenn einer dann nur „500 Milliarden“ sagt: „500 Milliarden für Banken, aber nur ein paar Knöpfe Sozialgeld pro Monat für Kinder von Langzeitarbeitslosen.“ Europa wird dieses

Vertrauen, das es braucht, nur dann haben, wenn es ein soziales Europa ist – ein Europa nicht nur für Banken und den Euro, sondern ein Europa für die Menschen. **Dieses Europa braucht, wenn es eine gute Zukunft haben soll, ein Koordinatensystem, dessen Achsen Solidarität und Gerechtigkeit heißen.**

Es gilt, das Vertrauen in die Gestaltungskraft von Politik und, ja auch dies, in die Lauterkeit wirtschaftlichen Handelns wieder herzustellen und zu stärken. Dazu gehört es, sich mit Energie und Anstand um die Behinderten zu kümmern: Sie waren einst Objekte staatlicher Fürsorge; sie sind aber Subjekte. Sie sind nicht Bittsteller, die an die Tür von Behörden klopfen müssen und auf deren Mitgefühl und Wohlwollen angewiesen sind. Sie haben einklagbare Ansprüche auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstvertretung. Sie zu erfüllen tut nicht nur den Menschen mit Behinderungen gut, sondern der ganzen Gesellschaft. **Die Behindertenhilfe wird in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren eines der großen Themen der Wohlfahrtsverbände sein – die UN-Behindertenkonvention stellt unsere Gesellschaft da vor neue Aufgaben.**

Arbeit, so sagte ich, strukturiert den Alltag, das Leben; Arbeit ist Teilhabe an der Welt. Behinderte brauchen das in ganz besonderer Weise. Knapp zehn Millionen Menschen in Deutschland leben mit einer Behinderung, das sind fast 12 Prozent der deutschen Bürgerinnen und Bürger. Für sie gibt es seit 1994 ein eigenes Grundrecht in Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 des Grundgesetzes: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ So steht es da. 45 Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes mit seinem grandiosen Artikel 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, hat dieses neue Grundrechte die Würde des behinderten Menschen in ganz besonderer Weise berück-

sichtigt ausdrücklich, klar, ohne Einschränkungen. Wie gesagt: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“. Da gibt es noch viel zu tun, sehr viel – und dass sich Wohlfahrtsverbände hier ganz besonders engagieren, das zeichnet sie ganz besonders aus.

Das Grundrecht für die Behinderten erinnert mich an den Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Der hat eine schier unendlich lange Geschichte. Als der Satz, dass die Ehe auf der Gleichberechtigung der Geschlechter beruht, zum ersten Mal 1919 in die Verfassung, damals in die Weimarer Reichsverfassung, geschrieben wurde, war er eine blanke Lüge. Und er blieb eine Lüge, jahrzehntelang. Realität war das blanke Gegenteil. Dann kam das Grundgesetz. Der Grundsatzausschuss des Parlamentarischen Rats hatte eigentlich keine Lust auf Gleichberechtigung. Ihm wären eine andere Formel lieber gewesen, etwa die des Staatsrechtlers Richard Thoma: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Das Gesetz muß Gleiches gleich, es kann Verschiedenes ungleich behandeln.“ Wenn wir diese Formel ins Grundgesetz bekommen hätten, wären wir mit der Gleichberechtigung nicht sehr weit gekommen. Und wären unter den 65 parlamentarischen Räten nicht vier Frauen gewesen, es wäre bei dieser Formel des juristischen Lalls geblieben.

Die sozialdemokratische Rechtsanwältin Elisabeth Selbert zog wie eine Wanderpredigerin durchs Land, mobilisierte Frauengruppen, Gewerkschaften, Betriebsrätinnen, redete den Parlamentarischen Räten ins Gewissen: „Die Frau, die während der Kriegsjahre auf den Trümmern gestanden und den Mann an der Arbeitsstelle ersetzt hat, hat heute einen moralischen Anspruch darauf, wie ein Mann bewertet zu werden.“ Mit ihren drei Kolleginnen Helene Wessel, Helene Weber und Friederike Nadig setzte sie den revolutionärsten Satz

des Grundgesetzes durch. „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Als der Satz bei den Beratungen zum erstmals zur Diskussion stand, entfuhr es dem Abgeordneten Thomas Dehler von der FDP: „Dann ist das Bürgerliche Gesetzbuch verfassungswidrig.“

Genau so war es; und gleichwohl oder gerade deswegen: Es geschah erst einmal nichts. Der Satz stand im Grundgesetz, er leuchtete schön, und die Männer warfen ihr Sakko darüber. Die Frau in der Gesellschaft der fünfziger Jahre wurde erst einmal zurückgepfiffen an Herd und Staubsauger. Das Bundesverfassungsgericht musste eingreifen; erst dann bequemte sich der Gesetzgeber 1958 zu einem Gleichberechtigungsgesetz. Und erst 1977 kam eine Scheidungsreform, die die Interessen der Frau einigermaßen zu wahren begann und die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Mann beendete. Und dann dauerte es noch einmal dreißig Jahre, bis die Unterhaltsregelung einer geänderten Lebenswelt angepasst wurden, in der Frauen arbeiten wollen und dies auch tun.

Ich erzähle das, weil man daraus zwei Lehren ziehen kann. Erstens: Gesetze können die Gleichberechtigung bremsen, Gesetze können sie aber auch fördern. Das gilt für das Behinderten-Grundrecht in gleicher Weise. Das Gesetz kann dieses Benachteiligungsverbot, das ein Integrations- und Inklusionsgebot ist, bremsen, es kann die Integration und die Inklusion aber auch fördern. Das Grundgesetz fordert Förderung – aber dazu braucht es fördernde Gesetze. Zweitens gilt, das lehrt die Erfahrung aus der der allgemeinen Gleichberechtigungsdebatte: Verfassungsrechtliche Postulate allein helfen gar nichts, wenn sie nicht ins Alltagsrecht übersetzt werden, wenn sie nicht in detail konkretisiert werden – im Falle der Behinderten etwa durch ordentliche Ausgleichsabgaben; durch einen Nachteilsausgleich, der diesen Namen verdient - und ganz allgemein durch eine intelligente Förderung

der sozialen Werkstätten und der Integrationsfirmen.

Integrationsfirmen sind Firmen des allgemeinen Arbeitsmarktes, deren Belegschaften zu dreißig bis sechzig Prozent aus schwerbehinderten Menschen besteht; diese Integrationsfirmen sind nur indirekt von der Sozialpolitik der Regierungen abhängig – weil sie ihr Geld zu 75 Prozent am Markt verdienen; sie sind in vielen Branchen tätig, erwirtschaften mit ganz normalen Kunden rund 600 Millionen Umsatz im Jahr. Die Differenz muss aus der Ausgleichsabgabe finanziert werden – also aus dem Geld, das Firmen entrichten müssen, die nicht mindestens fünf Prozent Schwerbehinderte beschäftigen müssen, wie es gesetzlich eigentlich vorgeschrieben ist. Die Ausgleichsabgabe ist kein besonders stabiles, kein besonders verlässliches Fundament. Wie man sie stabiler und verlässlicher machen kann – das zu überlegen ist eine wichtige politische Aufgabe.

Integrationsfirmen sind das ausführende Organ des Grundgesetz-Artikels 3 Absatz 3 Satz 2: Eigentlich könnte, eigentlich sollte sich das jede Integrationsfirma unters Firmenlogo und auf die Briefköpfe schreiben. „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden – wir sorgen dafür“.

Integrationsfirmen arbeiten auf dem freien Markt, sind aber gemeinnützigen Zwecken verpflichtet. Integrationsfirmen bieten Chancen für Chancenlose. Sie sind mit schwerbehinderten Menschen erfolgreich. Integrationsfirmen arbeiten, effektiv, effizient und wirtschaftlich, Leute, die in „normalen“ Firmen nicht einmal zum Vorstellungstermin geladen würden. Dort arbeiten Menschen, die unter Schizophrenie oder Depressionen leiden; manche trauen sich am Anfang nicht einmal zu telefonieren. Weil diese Leute meist lange Zeit nicht mehr gearbeitet haben, fallen ihnen zunächst die einfachsten Dinge schwer. Aber sie sind lernfähig und vor allem lernwillig und motiviert – und

gemeinsam mit Sozialpädagogen oder Facharbeiten als Betreuer schaffen sie es Tag für Tag, ihre Aufgaben zu bewältigen.

Diese Aufgaben bestehen nicht mehr nur, wie früher, in simplen Verpackungs- und Montagearbeiten. Heute bestücken sie Leiterplatten oder erledigen Büroarbeiten für die Industrieunternehmen in ihrer Region, sie erledigen Gehaltsabrechnungen und bieten Buchhaltungsdienste an. Integrationsfirmen betreiben Restaurants, Kantinen und Catering, sie sind phantasievoll. Integrationsfirmen sind in gewissem Sinn Artisten. Warum? Weil sie täglich den Spagat zwischen dem sozialen und den wirtschaftlichen Zielsetzungen schaffen müssen – und meistens auch schaffen.

Diese Firmen tun etwas gegen die Verelendung von behinderten Menschen, in dem sie als soziale Unternehmen Arbeitsplätze schaffen. Diese Firmen ermöglichen den stufenweisen Wiedereinstieg ins Berufsleben. Würde es die Integrationsfirmen, die zum ersten Arbeitsmarkt gehören, nicht geben, stünde gut der Hälfte der behinderten Arbeitnehmer als Alternative nur ein Platz in einer Werkstatt für behinderte Menschen zur Verfügung. In den Integrationsfirmen erhalten psychisch Kranke und sonstig Behinderte nicht nur einen unbefristeten Arbeitsvertrag, sondern auch einen Tariflohn.

„Nur“ ein Platz in einer Behindertenwerkstätte: Dieses „nur“ soll und darf die Behindertenwerkstätten nicht abwerten. Die Behindertenwerkstätten sind Werkstätten, bei denen nicht mehr der Wirtschaftlichkeitsaspekt, sondern der soziale Aspekt eindeutig im Vordergrund steht. Es gibt Menschen, die nur in solchen Werkstätten arbeiten können. Der Betrieb von Werkstätten ist ein soziales Gebot – es kostet, aber auch diese Kosten sind notwendig, sie sind ein Gebot.

Insgesamt 285 000 Menschen finden in deutschen Behindertenwerkstätten einen Arbeitsplatz; eine

Behindertenwerkstatt bietet vollkommenen Kündigungsschutz und eine Rente schon nach zwanzig Jahren Erwerbstätigkeit. Zu den Aufgaben der Einrichtungen gehört es, **Behinderte** in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern; allerdings schafft nur ein winziges Prozent der Beschäftigten den Schritt in einen regulären Job. Ein Werkstattplatz ist daher für den Sozialstaat ungefähr zehnmal so teuer wie ein Arbeitsplatz in einer Integrationsfirma.

Aber das Geld allein ist es gar nicht – **am Wichtigsten ist etwas Anderes, das Entscheidende ist etwas anderes: Jeder soll arbeiten können nach seinen Fähigkeiten und seinen Möglichkeiten. Das gehört zum Wesen des Menschen.**

Von den etwa vier Millionen chronisch psychisch Erkrankten in Deutschland ist rund eine halbe Million im erwerbsfähigen Alter. Zehn Prozent der psychisch Kranken sind auf dem Ersten Arbeitsmarkt voll- oder teilzeitbeschäftigt. Rund zwanzig Prozent arbeiten in einer Werkstatt für Behinderte, ein weiteres Fünftel ist in Reha-Einrichtungen beschäftigt. Etwa die Hälfte aller chronisch psychisch Kranken hat noch keinerlei Anbindung an den Arbeitsmarkt. Dabei weisen Ärzte und Verbände immer wieder auf den Stellenwert von Arbeit für die psychische Gesundheit hin. Immer wieder ist daher auf das Behinderten-Grundrecht hinzuweisen: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“. Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf eine selbstbestimmte und umfassende Teilnahme in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Deutschland hat sich da in ganz besonderer Weise verpflichtet: als einer der ersten Staaten hat es 2007 die UN-Behindertenrechtskonvention gezeichnet und im Jahr 2009 ratifiziert. Sie soll sicherstellen, was schon das geänderte Grundgesetz seit 1994 verspricht: Das Menschen mit Behinderungen den gleichen menschenrechtlichen Schutz erhalten wie

Menschen ohne Behinderungen. Sie, die Wohlfahrtsverbände, sind Garanten dafür.

Liebe Festgäste,

Als die Groß-Banken gerettet wurden, als der Staat über Nacht der kollabierenden Hypo Real Estate und anderen Banken Milliardenstücke vor die Tür stellte – da lautete die Begründung für dieses Tun: Diese Banken sind systemrelevant. Das sollte heißen: Wenn sie zusammenbrechen, dann reißen sie noch viel mehr mit, dann sind die letzten Dinge schlimmer als die ersten. Deshalb hat der Staat ungeheuerlich viel Geld bezahlt und er hat für unvorstellbare Summen gebürgt. Banken sind systemrelevant. Ich kenne Einrichtungen, die sind mindestens so systemrelevant wie die Banken, auch wenn sie nicht so im Mittelpunkt stehen, auch wenn von ihnen nicht jeden Tag in den Nachrichten die Rede ist, auch wenn sie – Gott sei Dank – keinen Ackermann oder Jain an der Spitze haben. Ich spreche von den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, von ihren sozialen Werkstätten, von den Firmen und den Projekten, die für und mit Behinderten arbeiten, von den Initiativen, die sich um die Integration der Menschen mit ausländischen Wurzeln kümmern, die Erziehungs- und Lebensberatung anbieten, Aussiedler- und Ausländerberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung, Suchtberatung, Straffälligenhilfe, Resozialisierung.

Wohlfahrtsarbeit braucht einen ganz besonderen Geist; er heißt Nächstenliebe und man muss sie spüren. **Was hat die Wohlfahrtsverbände in und seit ihren Anfängen gekennzeichnet? Was hat sie stark gemacht? Es war und ist die Leidenschaft zu helfen.** Zur Leidenschaft kamen die Professionalisierung der sozialen Arbeit und die Professionalisierung von Finanzverwaltung und Geschäftsführung. Diese Professionalisierung ist ja nicht nur Folge der abnehmenden Zahl ehrenamtlicher Helfer, sondern auch Ergebnis der Anforderungen, die an einen gewissenhaften Umgang mit Menschen in

Not und Krankheit zu stellen sind. Wir brauchen den Einsatz von gut ausgebildeten und ordentlich bezahlten Alten- und Krankenpflegern, von Drogentherapeuten, von Familienpsychologen, von Streetworkern und Erziehern. Doch ihr Arbeitstakt ist knapp bemessen, es bleibt ihnen wenig Zeit, sich ausreichend auch um die kleinen Dinge des Leben ihrer Klientel zu kümmern, die aber für diese von großer Bedeutung sind; die Profis haben oft nicht die Zeit, um den Betroffenen über die Beratung und Behandlung hinaus auch die notwendige Portion Geduld, Aufmerksamkeit und Zuwendung zu schenken.

Das ist ein Tätigkeitsfeld für das Ehrenamt. Das ist ein Feld, das nicht verdorren darf. Da muss immer wieder neu geackert und gesät, da muss immer wieder neu kultiviert und organisiert. Jeder, der sich in der Wohlfahrtspflege engagiert, kann ein Lied davon singen, wie schwer es sein kann, Menschen nicht nur zu punktueller und spontaner Hilfsbereitschaft bei Katastrophen zu animieren, sondern zu stetiger, langfristiger sozialer Mitarbeit. Dieses gesammelte und gebündelte private Engagement war und ist ein Grund dafür, warum der Staat soziale Arbeit an die Wohlfahrtsverbände übertragen hat. Und es ist dieses Engagement, das die Wohlfahrtsverbände von den kommerziellen Firmen unterscheidet und unterscheiden muss. Ehrenamtliches Engagement ist in einem Wohlfahrtsverband nicht Störung des Betriebsablaufs, sondern Bereicherung. Der Einsatz ehrenamtlicher Helfer ist die Quelle der Legitimation und die Quelle des spirituellen Reichtums der kirchlichen Wohlfahrtspflege.

Ich weiß: Beim Stichwort „Wohlfahrtsverbände“ denken viele erst einmal an eine Großorganisation (und dabei ist noch kaum bekannt, dass es sich bei den großen Wohlfahrtsverbänden um die größten Arbeitgeber Deutschlands handelt). „Wohlfahrtsverbände“: Man denkt an Apparate, die das Soziale

verwalten, an Apparate, die Massengeschäfte bewältigen und dafür staatliche Gelder erhalten. Kassieren. Und man denkt an Funktionäre, die Verbandspolitik betreiben, um dafür zu sorgen, dass dem Verband nicht die Butter vom sozialen Brot genommen wird. Man denkt beim Wort „Wohlfahrtsverband“ zu wenig an einen Zusammenschluß sozial engagierter Menschen. Wenn das so ist, muß man es ändern – weil Hilfe sich nirgendwo sonst in Deutschland so konzentriert wie in Wohlfahrtsverbänden.

Liebe Festgäste,

Als nach dem 2. Weltkrieg die Wohlfahrtsverbände wieder gegründet wurden, war der neu entstandene demokratische Staat dankbar dafür – Millionen ausgebombte Menschen, Kriegsversehrte, Flüchtlinge und Waisenkinder mussten versorgt werden; es gab so unendlich viel zu tun auf den sozialen Feldern, dass das der Staat allein unmöglich packen konnte. So etablierten sich die Wohlfahrtsverbände; und es entwickelte sich eine Arbeitsteilung zwischen ihnen und dem Staat, die dem Prinzip der Subsidiarität folgte: Dort, wo die freien Verbände tätig waren oder tätig werden wollten, konkurrierte der Staat nicht mit eigenen Einrichtungen, sondern er unterstützte sie mit seinen finanziellen Mitteln. Das hat dann dazu geführt, dass mit dem Ausbau des Sozialstaats die Betätigungsfelder der Wohlfahrtsverbände immer größer wurden und die Verbände selbst zu gewaltiger Größe heranwuchsen: Krankenhäuser, Kindergärten, Altenheime, Obdachlosenasyile, Gefangenen- und Drogenhilfe, Familienberatung – weit über die Hälfte aller sozialen Einrichtungen in Deutschland sind heute in der Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege, deren Arbeit zu gut 90 Prozent aus staatlichen Mitteln finanziert wird.

Das hört sich nach einem sozialen Siegeszug an. Aber - dieser Siegeszug ist vielfach gestoppt, die Spenden fließen nicht mehr sehr kräftig, und der Staat spart am Sozialstaat; so manche Wohlfahrtsverbände haben Schwierigkeiten, die soziale Arbeit an Brennpunkten noch zu gewährleisten - zum Beispiel die Straftatlassenhilfe, die der Staat kaum noch finanziert. Die Wohlfahrtsverbände sind auch zur Bühne einer Krise geworden – einer Krise der Gesellschaft, in der die Solidarität bröckelt, und einer Krise des Staates, der seinen sozialen Auftrag aus den Augen zu verlieren scheint. Wenn es jemand gelingt, die bröckelnde Solidarität in der Gesellschaft wieder zu befestigen – dann den Wohlfahrtsverbänden. Solidarität wird befestigt mit täglicher missionarischer (ich sage das Wort ganz bewusst) Arbeit.

Die Feier eines Jubiläums wie das der Liga der freien Wohlfahrtspflege ist wichtig – wenn und weil es die Türen und Fenster öffnet, weil es hinschauen lässt in die praktische Arbeit. Die soziale Arbeit, um die es in den Verbänden geht, darf für die Öffentlichkeit nicht im Abstrakten und im Dunklen bleiben. Es darf nicht so sein, dass Sozialarbeit in eine Blackbox abgeschoben ist, in eine anonyme Institution, von der man in der Öffentlichkeit nur das Label kennt. Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände muss aus dieser Abstraktheit herausgeholt werden. Ein Weg dahin ist immer und immer wieder die **Belebung der ehrenamtlichen Arbeit** – die natürlich die professionelle Arbeit nicht ersetzen, sondern bereichern soll. Die Renaissance des Ehrenamts holt die Sozialarbeit wieder zurück in die Mitte der Gesellschaft.

Die freie Wohlfahrtspflege kann nicht mit Verlusten arbeiten. Auch sie muss wirtschaften. Aber es muss ihr klar sein, dass ihr eigentlicher Gewinn nicht der betriebswirtschaftliche Gewinn ist. Ihr eigentlicher Gewinn ist der, den der Evangelist den „Lohn im Himmel“ nennt. **Die Wohlfahrt muss das**

erstarken lassen, was sie unverwechselbar, unverzichtbar und kostbar gemacht hat: Sie muss Pfadfinder und Streithelfer sein für soziale Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit – das ist und bleibt das Schlüsselwort.

„Elite“ - das sind nicht unbedingt die, die sehr viel Geld oder sehr viel Macht haben. Aber ganz sicher gehören zur wirklichen Elite die Menschen, die sich in Wohlfahrtsverbänden, in sozialen Initiativen, Vereinen, Bürgerstiftungen, in Betriebsräten, Mitarbeitervertretungen engagieren, an der Basis der Demokratie also. Das kostbarste Kennzeichen eines Gemeinwesens, das dem Gemeinwohl verpflichtet ist und verpflichtet bleiben will, ist das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger: Erstens das professionelle Engagement der Stiftungen und der Wohlfahrtsverbände. Zweitens das ehrenamtliche Engagement von vielen Freiwilligen. Und drittens die gute Zusammenarbeit zwischen den Profis und den Ehrenamtlichen. Aus eins, zwei und drei ergibt sich die Zivilgesellschaft.

Die Zivilgesellschaft beantwortet eine Frage, die in Zeiten von anhaltend schlechten Nachrichten besonders beliebt ist: Wo bleibt eigentlich das Positive? Es gibt dieses Positive - nämlich die vielen sozialen und gesellschaftspolitischen Initiativen, die dort ansetzen, wo es der Staat oder die Kommune nicht oder nicht mehr tut: Sie machen Kultur; sie finanzieren, was der Staat nicht mehr finanziert; sie kümmern sich, viel persönlicher, als dies die beste staatliche Jobagentur kann, um Ausbildungsplätze für Jugendliche; sie leisten Hausaufgabenhilfe für ausländische Kinder; sie begleiten türkische Eltern zur Klassenversammlung; sie kriechen unter den Teppich, den Hartz IV über die neuen Armen der Gesellschaft gebreitet hat; wenn es ganz gut geht, kümmern sich die sozialen Initiativen darum, dass die Menschen in der Armut nicht nur auskommen, sondern auch darum, dass sie aus der Armut wieder fortkommen. Das ist nicht nur

positiv, das ist wunderbar. Die Ehrenamtlichen sind die Unbezahlbaren dieser Gesellschaft. Sie sind die Elite. Sie sorgen dafür, dass aus Demokratie nicht Dekadenz wird.

Vor einiger Zeit haben es sich gewisse Leute angewöhnt, über die von ihnen sogenannten Gutmenschen zu lästern. Der größte publizistische Erfolg des bürgerschaftlichen Engagements ist, dass das verächtlich gebrauchte Wort „Gutmenschen“ wieder aus der Mode kommt. Viel leicht hat das auch damit zu tun, dass die Lästler in der Krise merken, wie sehr man diese Menschen braucht. Das herablassende Gerede über die Gutmenschen hatte im Übrigen das früher übliche Gelächter und Gekicher über die angeblichen ehrenamtlichen Wichtigtuer abgelöst. Natürlich hat es Wichtigtuer im Ehrenamt immer gegeben, es gibt sie sicher auch heute noch. Im Zweifel ist einem ein Wichtigtuer, der sich ehrenamtlich engagiert, lieber als ein Nichtstuer, der nur dumm daherredet.

Wohlfahrt – das klingt so betulich, ist aber ein täglicher Kampf. Notwendig sind die Pflicht und die Kür. Für die Pflichtaufgaben ist der Staat zuständig. Für die Kür der Wohlfahrtsverbände und die Ehrenamtlichen. **Notwendig ist ein Bündnis der Ideenreichen, der Zeitreichen und der Geldreichen – der Menschen also, die Ideen, Zeit oder Geld haben.** Dieses Bündnis muss, im Wortsinn, gestiftet werden. Es kann den Sozialstaat nicht ersetzen, aber bereichern. Dann entsteht eine lebendige Demokratie.

In den Flugblättern der Weißen Rose heißt es: „Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den ihr um euer Herz gelegt habt“. Und: „Wenn jeder wartet, bis der andere anfängt, wird keiner anfangen!“ Diese Worte aus dem Widerstand gegen Hitler sind keine Worte nur für das Museum des Widerstands. Es reicht nicht, sie auf Gedenkveranstaltungen zu zitieren. Diese Worte haben ihre eigene Bedeutung in jeder Zeit, auch in der gegenwärtigen. Sie gelten

in Diktaturen und Demokratien, in Rechtsstaaten und in Unrechtsstaaten. In Diktaturen und Unrechtsstaaten verlangen sie ein ungeheures Maß an Mut. Dort ist der Mut lebensgefährlich. In Rechtsstaaten und Demokratien ist der Mut nicht so teuer, aber billig ist er auch nicht.

„Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den ihr um euer Herz gelegt habt“. Und: „Wenn jeder wartet, bis der andere anfängt, wird keiner anfangen!“ Es sind Worte, die Leitworte sind für jeden Wohlfahrtsverband. Jeder und Jede muss für sich nachdenken, was ihm und was ihr das heute sagt und wozu es ihn und sie verpflichtet.

Es stimmt nicht, wie oft heißt, dass man eh nichts machen kann. Es stimmt nicht, dass die Probleme der modernen Gesellschaft so groß, so unübersichtlich und komplex sind, dass man besser gar nicht anfängt, sie anzupacken. Es stimmt nicht, dass die Übernahme von Verantwortung eine aussichtslose, heillose Sache ist. Das alles sind Ausreden, das alles sind Sätze zur Tarnung der Bequemlichkeit. Niemand weiß das besser als ein Wohl-

fahrtsverband, niemand weiß das besser als eine Einrichtung, der sich der tätigen Nächstenliebe verschrieben hat. Wie viel Wohlfahrt braucht das Land? Soviel nur irgend geht. Die Skala der Mitmenschlichkeit und der Solidarität ist nach oben offen.

Es geht in einem ganz umfassenden Sinn um die Wohlfahrt dieser Gesellschaft. **Wohlfahrt ist das Ergebnis der Übernahme von Verantwortung.** Eine Gesellschaft, in der möglichst viele Verantwortung übernehmen und in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Profit: das ist die Gesellschaft in der wir leben wollen. Und das ist die Gesellschaft, für die die Liga der Wohlfahrtsverbände arbeitet.

Alles Gute, herzlichen Glückwunsch.

Prof. Dr. Heribert Prantl ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter der Redaktion Innenpolitik